

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M. u. Abz. 4 M. viertel. Schrift. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Fypr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598  
16. Jahrgang Hamburg, 1. Oktober 1932 Nummer 40

## Ist der Kapitalismus noch zu retten?

Von Fritz Tarnow.

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland für etwa 75 Milliarden Mark Güter produziert, ohne daß damit die vorhandene Produktionskraft voll ausgenutzt worden wäre. Nach der gegebenen Leistungsfähigkeit wäre auch eine Erzeugung von 80 oder 90 Milliarden sehr wohl möglich gewesen.

In der Gegenwart ist die Jahresleistung der deutschen Volkswirtschaft auf nicht viel mehr als 40 Milliarden zusammengeschrumpft. Unter Berücksichtigung der gesunkenen Preise beträgt der Mengenrückgang mindestens ein Drittel. Warum das? Keine Naturkatastrophe hat uns die Produktionsmöglichkeiten zerschlagen, kein Nachlassen der Arbeitsfähigkeit oder des Arbeitswillens ist die Ursache. Die Sachfaktoren für die Gütererzeugung sind noch im gleichen Umfang vorhanden wie in der Konjunkturzeit. Sind etwa die Menschen zu dem Entschluß gekommen, weniger zu verbrauchen und deswegen die Erzeugung einzuschränken? Ganz im Gegenteil: Alle verzweifeln und lehnen sich auf gegen die sozialen Nöte, die der Einschrumpfungszustand mit sich bringt.

Warum also wird nicht mehr produziert? Warum darben die Menschen und lassen denn noch die Produktionsmöglichkeiten brachliegen? Weil es ihnen die kapitalistische Wirtschaftsverfassung nicht erlaubt. Weil dieses Wirtschaftssystem vollkommen unfähig und unbrauchbar geworden ist und die Menschen sich noch nicht dazu entschließen können, die Wirtschaft auf anderer Grundlage zu organisieren.

Niemals in der mehr als hundertjährigen Geschichte des kapitalistischen Wirtschaftens ist der irrsinnige „Mangel aus Überfluß“ so sichtbar gewesen als heute. Wie in Deutschland, so in der ganzen Welt. Ein ökonomisches Massensterben geht durch alle Volkswirtschaften. Rohstoffe verkommen, Acker veröden, Fabriken zerfallen, Maschinen verrotten, und die Menschen irren existenzlos und verzweifelt auf den Straßen umher.

In den Getreideländern läßt man massenhaft das Korn verfaulen oder brennt die Fluren der reifen Frucht einfach ab, das ist nämlich billiger, als erst noch die Ernte zu bergen, um sie dann wegen Absatzmangels verkommen lassen zu müssen. Die Baumwoll-Organisationen Amerikas haben angeordnet, daß jede dritte Reihe der Baumwollstauden nicht mehr abgeerntet werden soll. In Texas sind die Deltarme von Regierungstruppen besetzt, die alle Quellen gewaltsam geschlossen halten. Die brasilianische Regierung stürzt viele Millionen Sack Kaffee ins Meer oder läßt ihn zu Britetts verarbeiten. Die Kaufschubverbände haben einen Pflanzenschädling gezüchtet und in den Plantagen angelegt, um die Gummibäume zum Verrotten zu bringen.

Aber alle diese und ähnliche Anschläge gegen den übersprudelnden Segen der Natur bringen nicht den erhofften Erfolg. Die unverkäuflichen Rohstoffvorräte werden nicht weniger. Soviel man die Produktion auch abdrückt, sie bleibt immer noch zu groß, weil der Verbrauch der Völker noch schneller zurückgeht. Mit unerbittlicher Konsequenz arbeitet das System nach den Gesetzen seiner eigenen Mechanik. Einschränkung der Produktion heißt Arbeiterentlassungen und Vernichtung von Kaufkraft. Verminderung von Kaufkraft heißt Absatzrückgang. Absatzrückgang heißt wiederum neue Produktionsbeschränkung.

Aus diesem höllischen Zirkel findet das System nicht mehr heraus und die kapitalistischen Wirtschaftsführer und Staatsmänner stehen völlig rat- und hilflos der beispiellosen Zerstörung gegenüber, die der zu gewordene Kapitalismus anrichtet. Im Zeitraum eines Jahres ist der Weltmarkt auf die Hälfte zusammengelassen. Die einzelnen Staaten vertriehen sich vor dem drohenden Untergang hinter dem eingebildeten Schutz erhöhter Zollmauern, radikaler Einfuhrsperren und anderer Handelshemmnisse. Obwohl doch jeder weiß, daß damit das allgemeine Anheil nur noch vergrößert wird. In mehr als zwei Duzend Ländern ist die Währungsgrundlage teils zu-

sammengebrosen, teils freiwillig verlassen worden. In andern Ländern wird durch eine Devisenzwangswirtschaft in gleicher Weise der Kreislauf der Weltwirtschaft unterbunden und Bluteere in der eigenen Volkswirtschaft erzeugt. Ueber den öffentlichen Kassen nisten die Pleitegeier ebenso wie über den Unternehmungen der Privatwirtschaft.

Das kapitalistische System steckt in einer so verzweifeltsten Klemme, daß die Bedingungen für den Uebergang zu einem neuen Wirtschaftssystem niemals so günstig waren als heute. Was vom Standpunkt einer normal funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft aus unmöglich erscheint, einen schnellen Systemwechsel vorzunehmen, ohne den Wirtschaftsertrag zu schmälern, das ist heute angesichts der Fülle von brachliegender Produktionskraft kein Problem mehr. Soweit es sich nur um die technische und organisatorische Seite der Aufgabe handelt, wäre es kinderleicht, mit den vorhandenen Sachfaktoren die Gütererzeugung und die allgemeine Versorgung sofort zu vergrößern. Die Frage ist nur, ob die politische Entschlußkraft dafür aufzubringen ist, ob es gelingt, die Politik in diese Richtung zu stoßen.

Die Dapen-Regierung der Barone hat sich mit dem Vorhaben, ihren Wirtschaftswahnsinn und sozialen Mißstand zu beheben, „Anpassung der Verhältnisse an die Armut der Nation“ heißt die Formel und „Abbau des Wohlfahrtsstaates“. Also nicht die Vergrößerung der Versorgung durch Mobilisierung der produktiven Kräfte, sondern die Anpassung des Elends an die Schrumpfung der Wirtschaft. Nur um das kapitalistische Wirtschaftssystem, dem sie verhaftet ist, nicht

antastet zu müssen, ist diese Regierung bereit, die Lebensmöglichkeiten des Volkes zu opfern. Und die Nazis, deren Anhänger und Wähler nach Gregor Strasser von einer „tiefen antikapitalistischen Sehnsucht“ erfaßt sind, haben ebenso wenig Zweifel darüber gelassen, daß sie gewillt sind, diesen Kurs zu unterstützen.

Fragt sich nur, wie lange die heute noch irreführenden Massen an der Nase herumgeführt werden können, bis sie es merken. Früher oder später dürfte dieser Zeitpunkt kommen, und die kapitalistischen Finanziers der Hitler-Bewegung werden sich sicher noch einmal wundern, daß die Saat, die sie austreuen, ganz anders aufgeht, als sie bis heute denken.

Ein ehernes Gesetz der Geschichte fordert einen andern gesellschaftlichen Ueberbau, wenn die ökonomischen Fundamente sich verändern. Kein Zweifel, wir stehen in einer revolutionären Periode ökonomischen Systemwechsels. Die politische Entwicklung unserer Zeit bewegt sich dazu in einem viel zu unnatürlichen Gegensatz, als daß sie Bestand haben könnte. Das kapitalistische System ist dem Untergange geweiht und mit ihm sind es die politischen Mächte, die sich der Entwicklung entgegenstemmen wollen. Kurzfristige Tageserfolge können die Geschichte nicht aus ihrer natürlichen Bahn werfen. Unser ist die Zukunft!

Und welche Manöver auch immer die Verteidiger eines sterbenden Systems noch versuchen mögen, sie können höchstens den Ablauf verzögern, aber nicht verhindern.

Das ist die Zuversicht, in der sich die sozialistische Arbeiterschaft auch durch vorübergehende politische Bedrückungen nicht irremachen läßt. Das ist die Zuversicht, mit der sie den Reichstagswahlkampf führt und darüber hinaus sich für den Einmarsch in die sozialistische Gesellschaftsordnung vorbereitet.

### Die Gewerkschaften für die Volkswirtschaft unentbehrlich

Der in der Ueberschrift zum Ausdruck gebrachte Grundsatz stammt nicht von irgendeinem Gewerkschaftler, sondern von dem derzeitigen Reichsarbeitsminister. Dieser hielt auf dem 13. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine Begrüßungsansprache, wobei er sich über die Bedeutung der Gewerkschaften folgendermaßen äußerte: „Ich weiß, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung nicht nur als Vertretung von Ständes- und Berufsinteressen haben, sondern darüber hinaus in unserer Volkswirtschaft nicht mehr zu entbehren sind. Wer von den Gewerkschaften die Abrüstung verlangt, müßte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat von heute muß auf eine Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer größten Wert legen.“

Diese Worte des Reichsarbeitsministers einer reaktionären Regierung könnte man beinahe wörtlich unterschreiben. Wir wagen aber sehr zu bezweifeln, daß dieses Eingeständnis dem Willen der gesamten Regierung entspricht und nicht einer Augenblicksstimmung mit Rücksicht auf den Gastgeber entsprossen ist. Wie dem auch sei, es ist eine Binsenwahrheit, daß keine Regierung die Gewerkschaften zu übergehen vermag. Diese sind in der Tat unentbehrliche Bestandteile einer hochentwickelten Volkswirtschaft. In einer Zeit, wo die Organisierung aller Lebensverhältnisse weit fortgeschritten ist, wären die Hand- und Kopfarbeiter ohne einen solchen Schutz willenlose Werkzeuge in den Händen anderer. Wir befürchten, daß die Einsicht, der sich selbst ein Minister einer kapitalistischen Regierung nicht verschließen kann, bei den nächsten Interessenten, das heißt, bei den Arbeitern selbst, nicht den entsprechenden Anklang findet.

Nach menschlichem Ermessen muß die Krise in nicht allzuferner Zeit ihr Ende erreichen. Wenn der seelische Druck einer ständigen Verschlechterung der Lebensverhältnisse erst einmal von der Arbeiterschaft genommen ist, dann wird sie zu erkennen vermögen, was sie in der Krisenzeit verloren hat. Mit unbegrenzter Energie wird versucht werden müssen, der Arbeiterschaft die Elbogenfreiheit wieder zurückzugewinnen, die sie in der Zeit des organisatorischen Hochstandes gewonnen hatte. Aber auch die Volkswirtschaft selbst wird eine erkennbare Blüte nicht wieder erreichen, wenn der Druck der Gewerkschaften nicht dahinter steht. Ganz richtig hat der Leiter des italienischen Großbetriebes Fiat in Turin

in seinen „Gedanken zur Krise“ folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Herabsetzung der Löhne muß die Lösung lauten. Die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Arbeitszeit als Heilmittel gegen die bedrückende Arbeitslosigkeit wurde bereits vom Vorsitzenden des nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, unterstrichen. Auch in Genf wurde bekanntlich auf Antrag der Arbeitnehmer eine Entschließung zugunsten der 40-Stunden-Woche angenommen. Dies alles aber genügt nicht, wenn man nicht will, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nichts weiter bedeutet, als ein einfaches Linderungsmittel. Will man der Arbeitslosigkeit energisch entgegenzutreten, so muß diese Maßnahme organisch angelegt sein und bis auf die Wurzel des Übels vordringen. Zu diesem Zweck muß man, wie ich nur wiederholen kann, die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne entsprechend heraufsetzen.“

Das sind einfache Ueberlegungen eines Industriellen, der mit offenem Blick die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu erkennen vermag. Aber wir sollten uns darüber klar sein, daß solche Meinungen bei den Unternehmern nur wenig verbreitet sind. Die meisten betrachten Löhne als Unkosten des Betriebes und nicht als die notwendigen Substanzmittel zur Erhaltung und Wiedererneuerung des gesamten Volkslebens und als notwendige Auffangvorrichtung für die in Massen erzeugten Industrieprodukte. Diese fürchterliche Krise hat die Welt in ein Trümmersfeld verwandelt. Es wird jahrelanger Arbeit bedürfen, damit Gedanken wie die vorstehenden wieder Geltung bekommen. In einer Zeit, wo die Produktionskraft der Volkswirtschaften aller Länder bis ins höchste gesteigert wurde, kann die Wirtschaft eines Landes nicht nach den Grundsätzen von vor 30 Jahren wieder aufgebaut werden. Da aber jene Grundsätze in den Köpfen der leitenden Personen auch heute noch lebendig sind, werden die Gewerkschaften die Pioniere sein müssen, um einer nach sozialen Gesichtspunkten orientierten Volkswirtschaft Geltung zu verschaffen. Dies wird ohne Reibungen und große Kämpfe nicht abgehen. Die Organisationskraft der Arbeiter und Angestellten allein wird nicht ausreichen, um rückwärtliche Tendenzen zu bekämpfen. Die politische Macht muß hinzukommen, um den Lebenspielraum der breiten Masse, der durch die Krise so weitgehend eingeschränkt wurde, wieder zu erweitern.

Für Deutschland ergibt sich wiederum Gelegenheit, den Wahlkampf zur Aufklärung indifferenten Schichten zu benutzen. Dies vom Fieber geschüttelte Volk muß sich

nicht nur einer Reaktion schlimmster Art erwehren, sondern auch sogenannte Volksbewegungen bekämpfen, die sich mit sozialen Phrasen umgeben, in Wirklichkeit aber Schildhalter des alten Systems sind.

Die Werbetätigkeit der Gewerkschaften

Am zweiten Tage seiner letzten Sitzung hatte der Bundesausschuß des ADBB, zum Gegenstand der Beratung die Frage der gewerkschaftlichen Agitation.

An erster Stelle referierte Herrmann Schlimme (Bundevorstand) über

Werbetätigkeit der Gewerkschaften.

Eine Ausstellung von Werbematerial der Gewerkschaften aus alter und neuer Zeit, die dem Bundesausschuß vorgeführt wurde, zeige die Art und Weise und den Wandel in der Werbearbeit.

Die Agitationsarbeit der Gewerkschaften ist gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Aufklärung. Sie gewinnt in Zeiten der Wirtschaftskrise erhöhte Bedeutung.

Die für die Gewerkschaften wirkungsvollste Aufklärungs- und Agitationsarbeit wird im offenen Kampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber geleistet, weil dabei jeder Beteiligte die Macht der Organisation unmittelbar verspürt.

Zustimmung erfährt der Gedanke, daß in der Agitation die großen Gesichtspunkte der Bewegung und ihrer Ziele stark in den Vordergrund gerückt werden.

Erfahrungen der örtlichen Agitationskommissionen sammeln und zur Ausstellung gemeinsamer Werbepläne verwenden. Hierbei können Jugendliche und Frauen, namentlich die jüngeren, den Jugend- und Lehrlingsabteilungen entgegenkommene Gewerkschaftskollegen als Propagandisten wertvolle Hilfe leisten.

Jede Art von schriftlicher Propaganda soll vollständig und wirkungsvoll sein. Das stärkste Propagandamittel ist die Gewerkschaftspressen. Sie hat die Aufgabe, die Arbeitermassen aufzuklären, zu bilden und zur Solidarität zu erziehen.

Über die planmäßige Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Agitation referierte Genosse Dr. H. Seelbach, Leiter der Bernauer Bundeschule.

In dieser Zeit der tiefgreifenden Wirtschaftskrise erhält die gewerkschaftliche Werbearbeit eine erhöhte Bedeutung. Sie ist nicht nur eine Frage nach dem Stande der Mitglieder.

Was von der Bildungsarbeit gilt, ist auch für die Ausgestaltung der Presse und für das Versammlungsleben notwendig. Auf allen Gebieten muß eine stärkere Werbearbeit einsehen.

Die Diskussion, die sich an die beiden Referate angeschlossen, brachte in sehr anregender Weise die besonderen Werbeprobleme der einzelnen Verbände der verschiedenen Größengruppen und Berufsarten zum Ausdruck.

Zustimmung erfährt der Gedanke, daß in der Agitation die großen Gesichtspunkte der Bewegung und ihrer Ziele stark in den Vordergrund gerückt werden.

nis der Verbände anpassen; viele Gewerkschaftsblätter haben bereits gezeigt, daß sich die Schriftleitungen dieser Aufgabe bewußt sind.

Die Teilnehmer an den Bildungsmaßnahmen müssen ständig zur Werbearbeit wie zu jeder praktischen Gewerkschaftstätigkeit herangezogen werden.

Die Debatte über die Werbearbeit der Gewerkschaften wird von dem Bundesausschuß nicht als beendet angesehen. Sie wird vertagt.

Eine Quartalsabrechnung und Revision

In der Wohnung des Kassierers haben sich heute abend der Vorsitzende, der Schriftführer und die beiden Revisoren eingefunden, um die Quartalsabrechnung fertigzustellen.

„Eigentlich hast Du uns reichlich früh einberufen“, wandte sich der Schriftführer an den Kassierer, „heute ist gerade der Erste, bis zum Fünfundzwanzigsten hätten wir reichlich Zeit gehabt.“

„Das ist die Sache“, sagte der Kassierer, „ich habe mich entschlossen, die Abrechnung bis zum äußersten Termin warten zu lassen.“

Es war der Vorsitzende, der so sprach. Er ist seines Amtes wegen gewohnt, längere Reden zu halten.

Maxim Gorki

Zu seinem vierzigjährigen Schriftstellerjubiläum am 25. September

Wenn in diesen Tagen das russische Proletariat das vierzigjährige erlebnis-, arbeits- und erfolgreiche literarische und kulturpolitische Schaffen des großen russischen proletarischen Dichters Maxim Gorki zum Anlaß nimmt, ihm für die brüderliche Mithilfe an dem Befreiungskampfe des arbeitenden Menschen in Form von großen öffentlichen Festlichkeiten, durch die Veranstaltung einer großen Jubiläumsausgabe seiner Werke, durch Theatererhebungen und durch Filmwerke nach Motiven des Dichters usw. zu danken, wird die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die Arbeiterklasse der ganzen Welt nicht unter den Gratulanten fehlen wollen.

1868 in Nischni-Nowgorod geboren, war sein eigentlicher Name Maximowitsch Peshkow, das heißt „der Betende“. Seine früheste Jugend verlebte er, nachdem sein Vater der Cholera erlegen war, im Hause seiner Großmutter.

Kinderjahre; als Lumpenmag gescholten und verachtet, daß die gleichaltrigen Knaben in der Schule sich seines übelen, vom Ausräumen der Müllkästen und Schutzhalben anhaftenden Geruches wegen von ihm fort wünscheten.

Dem Malik-Verlag, Berlin, gebührt das zu dankende Verdienst, das Werk Maxim Gorkis in einer schönen und wohlfeilen Ausgabe in 17 Bänden, die auch einzeln im Handel sind, gesammelt zu haben, auf das an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen sein soll.

Martin Andersen Nerg gibt es innerhalb der proletarischen Dichtung nichts Gleichwertig-Vollendetes, das in einem Atemzuge mit Gorkis Werk genannt werden kann.

Der Sturmvogel

Von Maxim Gorki.

Geschrieben im März 1901, und die russische Revolution voraussehend, wurde nachstehendes Gedicht in Prosa feinerzeit von der zaristischen Regierung verboten.



Wegen der Beschränkung der Fahrpreiserhöhung auf die Jugendlichen unter 21 Jahren und auf die berufsbildenden Kurse hat der ADGB den Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände ersucht, die Reichsbahngesellschaft zu einer Erweiterung der Bestimmungen zu veranlassen.

Baugewerbliches

Drei Millionen fehlende Wohnungen.

Auf der Tagung des Bundes Deutscher Mietervereine betonte der Hauptredner, daß heute ein ungedeckter Fehlbedarf von 600 000 bis 1 000 000 Wohnungen bestehe. Von 1930 bis 1940 bestände ein laufender Jahresbedarf von jährlich 300 000 Wohnungen.

Gewerkschaftliches

Mit Verboten gegen die Gewerkschaftspresse

Es ist seit Jahrzehnten das erstemal, daß eine Gewerkschaftszeitung in Deutschland verboten wird. Der "Buchbinder-Zeitung" ist das Erscheinen auf die Dauer von drei Wochen seitens der Polizeibehörde untersagt worden.

Der Vorsitzende des Ausschusses für die Gewerkschaftspresse des ADGB hat an den Berliner Polizeipräsidenten eine Eingabe gerichtet, worin er, fußend auf der Verbotsandrohung, der "Buchbinder-Zeitung" darauf hinweist, daß das Verbot einer Gewerkschaftszeitung im Widerspruch zum Artikel 159 der Reichsverfassung stehen würde.

Die gewerkschaftliche Pressefreiheit, so heißt es in dem Schreiben, hat nicht nur den Schutz des Artikels 118 der Reichsverfassung, sie genießt vielmehr den Schutz des Artikels 159 der Reichsverfassung, wonach die Koalitionsfreiheit für jedermann und für alle Berufe gewährleistet ist.

Auf diese klaren und eindeutigen Beweisführungen hat der Polizeipräsident geantwortet, daß er nicht in der Lage sei, die Gewerkschaftspresse in einer anderen Weise zu behandeln wie andere periodische Druckschriften, daß also für sie ein besonderer Schutz gemäß Artikel 159 der Reichsverfassung nicht in Frage komme.

Sozialpolitisches

Die Verkürzung der Arbeitszeit.

AB. Anlässlich der Ansprache über den Wirtschaftsplan hat das amerikanische Abgeordnetenhaus am 20. Juni ein Programm beschlossen, wonach die Bundesangestellten in Zukunft gezwungen werden, jährlich einen mindestens einmonatlichen Urlaub ohne Bezahlung zu nehmen.

Die Staatsangestellten von Kalifornien arbeiten nur 5 Tage in der Woche. Nach Mitteilung des Gouverneurs bedeutet dies eine 14-prozentige Einkommensverminderung und eine jährliche Ersparnis für den Staat von 4 Millionen Dollar.

Im Abgeordnetenhaus wurde kürzlich von dem demokratischen Abgeordneten Blac eine Entschließung eingebracht, die den Präsidenten auffordert, eine Konferenz der Leiter der verschiedenen Industriezweige zum Zweck einer gemeinsamen Beratung der Anpassung der Arbeitszeit an die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen einzuberufen.

Die "Standard Oil Company" hat kürzlich ihre Absicht mitgeteilt, für die inneren Verwaltungsstellen die 40-Stunden-Woche einzuführen, um auf diese Weise ihren Angestellten eine gewisse Gewähr für die Beständigkeit ihrer Beschäftigung zu geben und um eine möglichst große Anzahl von Arbeitnehmern beschäftigen zu können.

Auch in der französischen Kammer sind kürzlich einige Anträge über Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung vorgelegt worden. Der Abgeordnete Doriot verlangte die gesetzliche Einführung des Siebenstundentages mit Lohnausgleich.

Die gesetzliche Regelung des Achtstundentages einstimmig angenommen wurde. Er hoffe, daß sich auch bald eine Einstimmigkeit für die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche finde. Der Arbeitsminister Dalimier hat auf diese Anfragen geantwortet und insbesondere auf die Entschließung der 16. Internationalen Arbeitskonferenz über die Verkürzung der Arbeitszeit hingewiesen.

Eine Gruppe sozialistischer Abgeordneter hat der Kammer einen Gesetzentwurf zur Einführung der 5-Tage-Woche und der 40-Stunden-Woche vorgelegt.

In der Tschechoslowakei hat der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses, der sozialdemokratische Abgeordnete Winter, die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt. Das Zentralinstitut für Sozialversicherung hat durch Rundschreiben vom 20. Juni 1932 die wöchentliche Arbeitszeit in den Krankentassen auf 40 Stunden festgesetzt.

Genfer Beschluß für Bierzigstundentwoche.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat nach heftigem Widerstand der Unternehmer und der englischen Regierung in der Schlussabstimmung mit 16 Stimmen der Arbeitnehmer, Regierungsvertreter und des italienischen Unternehmers Olivetti gegen sechs Stimmen der Unternehmer und des englischen Regierungsvertreters die Entschließungen über die Ausarbeitung einer Konvention für die Bierzigstundentwoche und die Ratifizierung der schon bestehenden Arbeitszeitkonvention angenommen.

Die paritätische technische Kommission zur Ausarbeitung des Konventionsentwurfes wird im Januar 1933 zusammentreten. Dazu werden auch die außerhalb der Arbeitsorganisation stehenden Länder eingeladen werden, wie Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten. Ob das Ergebnis dieser Konferenz der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt und die Konvention auf die Tagesordnung der nächstjährigen Arbeitskonferenz gesetzt werden soll, wird erst endgültig auf der ordentlichen Oktobertagung des Verwaltungsrates in Madrid entschieden werden.

Verstärkendes

Die SPD-Führung in der Klemme.

Am ihre Sabotage gegen das Volksbegehren der SPD-Fraktion zu "begründen", hat die SPD in ihrer Presse nun den nötigen Dreh gefunden. Sie behauptet dreifach und gottesfürchtig, das Volksbegehren solle die Arbeiter und Angestellten von dem unmittelbaren Kampf gegen den Lohnabbau durch die Papen-Verordnung abhalten.

zu halten, wenn die Organisationen des größeren Teiles der Arbeitnehmerschaft sie mit Recht für brauchbar befinden und in ihrer Anwendung der schlafmüßigen SPD zuvorkommen. Und so hat die Arbeitnehmerschaft wieder einmal einen Beweis, wozu es führt, wenn es zwei sich bekämpfende Arbeiterparteien gibt; wo die abgeplitterte Partei ihre Notwendigkeit nur unter Beweis stellen kann, wenn sie das Entgegengesetzte tut, was die andere, ursprüngliche und größere Partei tut.

Berufsunfälle

Bremen. Bei dem Versuch, eine seitliche Veranda von einem sich im Weg befindlichen Baumast zu streichen, verunglückte der bei der Firma E. Köhmann, Felsenfeld, beschäftigte Maler Kollege Georg Süßeler, schwer. Obwohl der Ast sehr dünn war, brach er ab und riß Kollegen Süßeler in die Tiefe, so daß er einen linksseitigen Arm- und Beinbruch erlitt und ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Mitteilungen

Ueber den Stand der Bauhüttenbewegung im Krisenjahr 1931 entnehmen wir dem Heft 18 der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Zeitschrift "Wohnen, Bauen" die folgenden Zahlenangaben:

Die sozialen Baubetriebe erbauten in den elf Jahren ihres Bestehens nahezu 100 000 Wohnungen. Der Gesamtumfang aller Baubetriebe betrug im Jahre 1931 bei 16 559 zur Zeit der besten Bauaktivität Beschäftigten 68,46 Millionen Mark, die ausgezahlte Lohnsumme 22,82 Millionen Mark.

Bei an dieser Lastlage nicht zu rütteln ist, läßt die den Unternehmern dienbare Presse, um ihre Daseinsberechtigung zu beweisen, keine Gelegenheit zur Verunglimpfung der Bauhüttenbewegung vorübergehen. So werden die angeblichen Preissteigerungen der Bauhütte für Kommern bemerkt, um eine Fülle von unwahren Behauptungen über die Bauhüttenbewegung in die Welt zu setzen.

In einem weiteren Aufsatz Die Wohnungswirtschaft im Kampf gegen Krise und Lohnsenkung wird an der Hand einer Monatsstatistik der Mietrückstände und Mietausfälle bei dem Devisen-Notenstand angedeutet, daß die Bauhüttenbewegung die überaus ernste Lage der deutschen Bauhüttenbewegung nachgewiesen. Größere volkswirtschaftliche Schäden kann nicht bezweifelt werden, wenn durch geeignete Maßnahmen, wie Herabsetzung der Hypothekenzinsen, Ermäßigung der Tilgungssätze auf mindestens 5%, Fortfall der Verwaltungslostenbeiträge, Verzicht auf die Verzinsung der Darlehensverdarlehen usw. für die große Volksmasse tragbare Mittel erreicht werden.

Der "Bürgerkreis", Vierteljahrszeitschrift. Redigiert von Karl Schröder. 8. Jahrgang, 1932, Heft 4. Sonderheft. Verlag: Der Bürgerkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. 16 Seiten. Preis 30 Pf. (D. 60 Sch., 2,40 M.). Das neue Heft der Zeitschrift enthält interessante Beiträge zu dem leider höchst aktuellen Thema "Krise".

Wachstümer des Bg. Scholz. Der politische Rundfunkkommissionar Scholz hat nun auch die NSDAP verlassen. Die leuchtende Parteizugehörigkeit des stets regierungstreuen Herrn wird wohl künftig im täglichen Sendeprogramm mitgeteilt. Damit wird dann der deutsche Rundfunk ganz amerikanisch werden. Ueber die interessanten amerikanischen Rundfunkeigenschaften berichtet das neue Heft des "Volksfunk".

Vom 25. Sept. bis 1. Okt. ist die 39. Beitragswoche. Vom 2. Okt. bis 8. Okt. ist die 40. Beitragswoche.

Sterbefälle

Chemnitz. Am 15. September starb unser langjähriges Mitglied, der invalide Kollege Franz Seidel, 72 Jahre alt. Darmstadt. Zahlstelle Eberstadt. Von langer Krankheit wurde Kollege Wilhelm Götz im Alter von 31 Jahren durch den Tod erlöst. Zahlstelle Seckheim. Beim Obstbrechen verunglückte der Kollege Georg Bröhm im Alter von 59 Jahren tödlich. Düsseldorf. Im Alter von 35 Jahren verschied plötzlich am 16. September unser Kollege Karl Wolf. Ehre ihrem Andenken!